

AK IN NEUEN HÄNDEN

Der neue Arbeiterkammerpräsident Rudi Kaske nennt die Themen Bildung, Arbeit und Wohnen als wichtigste Schwerpunkte.

Mit März hat Rudi Kaske, 57, sein Amt als neuer Präsident der AK Wien und der Bundesarbeiterkammer angetreten. Er war in den 1970er Jahren Mitinitiator der Aktion „M wie Mitbestimmung“ für die gesetzliche Einrichtung von Jugendvertrauensräten – und war dann selbst einer der ersten JVR. Damals wurde Kaske im Hotel Intercontinental noch als Koch ausgebildet. Zwischen 1974 und 1987 war er Jugendsekretär der damaligen Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, persönlicher Dienst, von 1987 bis 1995 Zentralsekretär der Gewerkschaft und von 1996 bis 2006 deren Vorsitzender. Nach dem Zusammenschluss seiner Gewerkschaft zur Dienstleistungsgewerkschaft *vida*, wurde Rudi Kaske wiederum deren Vorsitzender. Als Gewerkschaftschef setzte er die Fünf-Tage-Woche im Tourismus und 1.300 Euro Mindestlohn im Gastgewerbe durch. Zu den wichtigsten Schwerpunkten in der AK zählt der neue Arbeiterkammerpräsident Rudi Kaske „Bildung, Arbeit, Wohnen“.



Rudi Kaske löst Herbert Tumpel als AK Präsident ab.

AK KAMPAGNE RELOADED

Die erfolgreiche AK-Werbekampagne „In Österreich läuft etwas schief“ geht bereits in die dritte Runde.

Mühsames Erklimmen einer schiefen Ebene: Eine junge Familie plagt sich mit den hohen Kosten fürs tägliche Leben, ein Arbeiter schiebt eine viel zu schwere „Ameise“ bergauf, eine Angestellte kämpft mit einem Riesenstapel von Ordnern. Dann aber rückt der rote AK-Würfel die Schiefelage zurecht – das sind die über drei Millionen Stimmen der ArbeitnehmerInnen für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Mit diesen Spots in TV, Internet, U-Bahn und im Rundfunk bringt die Arbeiterkammer seit Mitte März ihre wichtigsten Forderungen im Interesse der ArbeitnehmerInnen

wieder auf den Punkt: Die Finanztransaktionssteuer muss jetzt rasch umgesetzt werden; Die Arbeitseinkommen sollen steuerlich entlastet werden und von großen Vermögen ein gerechter Beitrag bezahlt werden; Wohnen muss leistbar bleiben – die AK setzt dabei auch auf Mietobergrenzen. **UB**



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



KALT WARM



Mündige BürgerInnen

Die Volksbefragung ergab: 63,5 Prozent der WienerInnen sind dafür, dass die Parkraumbewirtschaftung in den Bezirken bestehen bleibt. Das ist gut so, denn die Bezirke können am ehesten ihre eigenen Rahmenbedingungen, Anforderungen und Bedürfnisse einschätzen. Positiv ist, dass es weiterhin individuelle Lösungen gibt, die auch PendlerInnen das Leben erleichtern können. Schützenswert: Die BürgerInnen sehen die kommunalen Dienstleistungen als Garant für ihre hohe Lebensqualität. Sie stimmten deutlich (81,2 Prozent) dafür, kommunale Betriebe vor einer Privatisierung zu bewahren.



Gehalts-Check im Gemeindebau

Wer im Gemeindebau lebt und besser verdient, soll wieder ausziehen oder mehr zahlen. Deshalb soll der Lohnzettel regelmäßig kontrolliert werden, egal ob er/sie schon drei oder zwanzig Jahre dort lebt. Wer das vorschlägt, bedenkt nicht, dass die „Reichen“ im Gemeindebau erst mit der Zeit etwas mehr verdient haben. Auch verhindert die Durchmischung, dass aus den Gemeindebauten soziale Ghettos werden. Denn das Klima ist weitaus positiver als es uns Serien wie „Wir leben im Gemeindebau“ weismachen wollen. Und seien wir uns ehrlich: Die wirklich Reichen wohnen woanders.